

## **Kritische Anmerkungen zu: »Für eine soziale Offensive und eine Politik des Friedens«**

Kommentar von Dieter Storck zum Text von Michael Riese und Jörg Prella

Zu 1.)

- Alles was zu dem Thema in eurem Papier steht ist richtig. Allerdings sind mörderische Anschläge mit Bezug zum Islam nur radikalstes, irrationalstes und nicht zwangsläufiges Resultat von einer feststellbar zunehmenden religiösen, nationalistisch/chauvinistischen und antidemokratischen Gesinnung (incl. Homophobie und Frauenunterdrückung) in Teilen der migrantischen (und nicht nur türkischstämmigen) Bevölkerung in Deutschland.

In FFM macht dieser Bevölkerungsteil über 30% aus. Wobei natürlich nicht alle in Erdogan einen großen Staatenlenker sehen. Aber Frauen (gerade auch jüngere), die immer häufiger aus unterschiedlichsten Gründen Kopftuch und andere assoziierte Kleidungsstücke tragen, sind nicht zu übersehen.

Dem ideologischen Rollback muss die gesamte Linke entgegentreten und muss sich dabei dringend auch der demokratischen, nicht linken Öffentlichkeit als Bündnispartner vergewissern, indem man sich tatsächlich gemeinsam auf die Grundlage der demokratischen Freiheiten/Rechte (nennen wir es vereinfacht GG) stellt, auf die wir uns nicht ohne Mühe in diesem Land weitestgehend verständigt haben.

Denn wie wollen wir diese Freiheiten und Rechte gegen PEGIDA, AfD und Konsorten verteidigen, wenn wir anderen Antidemokraten und Nationalisten das durchgehen lassen. In OF haben Migranten das GG auf der Straße verteilt als Reaktion auf undemokratische Reflexe in ihrem Umfeld.

Aber eine westdeutsche Linke/LINKE, die in wesentlichen Teilen das GG immer noch für bürgerlichen Quatsch hält, könnte sich zu so einem Signal wohl kaum durchringen. Eine antidemokratische Parallelgesellschaft können wir auch nicht stillschweigend akzeptieren.

- Die immer wieder verübten Anschläge mit religiösem Bezug zum Islam nehmen auch in Europa und auch Deutschland zu. Sie gelten i.d.R. Menschen die einem westlichen, nicht islamischen Lebensstil zugerechnet werden. (Der Hinweis, dass in anderen Teilen der Welt dem religiösen Terror meist Angehörige des islamischen Glaubens zum Opfer fallen ist richtig, beruhigt aber niemand. Auch der richtige Hinweis auf NSU-Morde und Anschläge auf Flüchtlingsheime ändert an den Fakten nichts.)

Also gibt es auch in der hiesigen/deutschen Bevölkerung Angst vor solchen Anschlägen. (Ereignisse wie in der Kölner Silvesternacht kommen dazu.) Wenn wir die damit verbundene Sicherheitsdebatte nicht den anderen von AfD bis SPD und CDU überlassen wollen hat unsere Partei sich da deutlich zu positionieren:

Neben einem vernünftigen Integrationskonzept (nicht nur für Flüchtlinge) braucht es auch öffentliche Sicherheit. Der FFM Polizeipräsident verspricht z.B. das in zwei Jahren es wieder in allen Stadtteilen "Kontaktbeamte" der Polizei in Uniform gibt als Ansprechpartner für Bürger\*innen, Vereine usw. Das ist gar nicht weit von unseren Positionen entfernt. Die Frage wird nur sein: Greift DIE LINKE das offensiv positiv auf?

In diesem Sinne kann es auch uns nicht egal sein, ob in Hinterhöfen von Grauen Wölfen oder Hasspredigern die öffentliche Sicherheit (auch die von Muslimen, besonders von Muslimen mit abweichenden politischen/religiösen Positionen, um die wir uns als potentielle Bündnispartner auch verstärkt bemühen sollten) gefährdet wird und wer diese Organisationen finanziert und unterstützt.

Zu 2.):

- RRG kann man abstrakt diskutieren (Haltelinien, soziale Bewegungen als reales Veränderungspotential, Mitgestalten oder nicht usw.) oder mit der Frage verknüpfen, ob DIE LINKE unter den z.Zt. herrschenden Verhältnissen politische Mehrheiten schaffen will, die für die Menschen in der Mitte der Gesellschaft bis zu den Prekären über den Weg der Reformen Verbesserungen ihrer Lebenssituation herbeiführen kann.

Als Beispiel: Wenn es in FFM zu RRG käme würden wir die Verbesserung der Situation an den Jobcentern fordern. Das würde Hartz nicht abschaffen, aber z.B. den Umgang mit den Jobcenter-Kunden verbessern.

Wollen wir so etwas, oder reicht es uns, wenn wir bei der LINKEN Sozialberatung stehen bleiben? (Und an diesem Beispiel zeigt sich auch: RRG hat unmittelbar mit der Frage "Kümmererpartei" zu tun.)

Im Grundsatz geht es allerdings darum, ob DIE LINKE öffentlich dafür Position bezieht, das wir RRG wollen aus dem o.g. Grund (Verbesserung der Lebensverhältnisse, denn darum geht es den Leuten in der ganz großen Mehrheit) uns da mit den fortschrittlichen Kräften in diesem Land und diesen in den anderen beiden Parteien einig sind und konservative und rechte (Pegida bis FDP) Kräfte das verhindern wollen. Und dann muss es natürlich um konkrete Forderungen gehen - je nachdem um welche staatliche Eben es

geht. Und so recht Jörg hat, dass das eigentlich kein "Projekt" ist: Wenn es nicht gelingt, eine Stimmung in der (Wahl-)Bevölkerung hinzubekommen die das als Fortschritts-Projekt für soziale Gerechtigkeit und gegen die Konservativen versteht, wird es an gesellschaftlicher Dynamik fehlen. (Genauso war die gesellschaftliche Diskussion vor der ersten sozialliberalen Koalition in den 70ern: Fortschritt gegen Konservative.)

Und eigentlich ist diese Diskussion eine weitestgehend der West-LINKEN: Gefangen in ihrer anhaltenden gesellschaftlichen Isolation führt sie Diskussionen die in Ostdeutschland nur als wunderlich gelten, auch weil dort RRG als Frontstellung Fortschritt gegen Rechts klar ist. Und insofern ist die Frage RRG eigentlich die Grundfrage ob DIE LINKE in Deutschland sich zutraut etwas für Menschen zu tun, oder ob sie alte Sektendebatten fortführen will. Und es drängt sich der Eindruck auf dass diejenigen in unserer Partei die RRG mit der „Dienstwagenfrage“ verknüpfen nicht nur unserer ostdeutschen Genossen\*nnen diffamieren sondern auch bei der Sektendiskussion stehen bleiben wollen.